Lande wie Sachsen, für derartige kirchliche Zwecke Geld vorhanden ist. Weckel kündigte an, daß nun auch für die Freidenker entsprechende Summen verlangt werden würden. Man wird ja abwarten können, ob dann auch der Landtag zur Bewilligung genügend tolerant ist. Daß der deutschnationale Abgeordnete Kaula, nachdem er einige protestantische Schmerzen überwunden hatte, eine Lanze für die bedrohten religiösen Güter brach, die „dem Volke erhalten bleiben müssen", war sehr begreiflich. Weniger begreiflich freilich ist es, daß sich die Dreiundzwanzig für die Bewilligung der Gelder für das Priesterseminar erklärte. Windige Ausreden, die windigste war, daß Schnirch die Bewilligung auch damit begründete, daß sonst die Gefahr der Tschechosierung drohe. Würden die katholischen Priester nicht in Bautzen ausgebildet, so würde es in der benachbarten Tschechoslowakei geschehen!

Also: Damit die Pfaffen nicht in der Tschechoslowakei ausgebildet werden, müssen die Sachsen blechen! Das ist doch wenigstens einmal eine Begründung, mit der die 23 ihre staatsmännische Einstellung glänzend beweisen!

Auch das Kapitel, das die Hochschulen betrifft löste eine lebhafte Diskussion aus. Hier wurde durch die sozialdemokratische Fraktionsminderheit über die reaktionären Umtriebe an diesen sehr merkwürdig gewordnen Stätten deutschen Geistslebens Beschwerde geführt. Dem Sozialisten Buck z. B. ist in Leipzig das Reden verboten worden, dem Völkischen Bang wurde es gestattet. Aber, so belehrte der Kultusminister den Landtag, der Rektor der Universität Leipzig hat nicht von vornherein wissen können, was Bang sagen würde und er hat ihn nicht gekannt! Und deshalb war eben nichts gegen die völkische Hetzrede zu machen. Nicht uninteressant war auch, wie Kaiser die Einquartierung von Hakenkreuzjünglingen in die Universität als Verschuldung eines Nachtwächters, der außerdem seinen Dienst aufgegeben habe, hinstellen wollte.

Naturgemäß verfehlten diese Ausführungen den Zweck einer wirksamen Entschuldigung und der Eindruck blieb, daß jetzt auch an den sächsischen Hochschulen ein System reaktionärer Umtriebe besteht.

Eine längere Debatte entspann sich über die Errichtung der Münchner Gesandtschaft. Es ist allerdings erstaunlich, wie man in der heutigen Zeit dazu kommen kann, gerade diese Gesandtschaft neu zu errichten, nachdem sie glücklich beseitigt ist. Mit vollem Recht wies selbst der Demokrat Günther darauf hin, daß sich die geplante Maßnahme mit den bescheidensten Grundsätzen über Zweckmäßigkeit und Sparsamkeit kreuzt. Unser Streben muß selbstverständlich auf die Beseitigung der mittelalterlichen Ueberbleibsel gerichtet sein. Der Ministerpräsident freilich trat sehr warm für die Neuerrichtung der Münchner Gesandschaft ein. Man kann sich des Einwandes nicht erwehren, daß auch nach außen die Liquidation sozialistischer Traditionen recht offensichtlich zum Ausdruck kommen soll. Welchen Sinn kann es haben, auf gute Beziehungen, ausgerechnet zu Bayern, so ganz besonderen Wert zu legen und dazu bedeutende Summen zu bewilligen? Es seien wichtige „auswärtige" Interessen wahrzunehmen, erklärte der Ministerpräsident! Wer zweifelt daran, daß dies Bayern gegenüber oder vielleicht im Bunde mit Bayern künftig geschehen wird?

Zuletzt kam noch ein kommunistischer Antrag zur Erledigung, dem Finanzminister das Mißtrauen auszusprechen. Die von den Kommunisten angeführten Gründe sind nicht die unsern; die Form der Begründung war, wie üblich, auf eine kommunistische Agitationswalze eingestellt.

Für uns war die Frage eine politische. Die sächsische Regierung hat ebenso wenig in ihrer Gesamtheit das Vertrauen der sächsischen Sozialdemokratie wie der Finanzminister im besonderen. Deswegen stimmten die sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten für den Mißtrauensantrag, der jedoch von den drei bürgerlichen Parteien (einschließlich also der Deutschnationalen!) und den 23 abgelehnt wurde.

Mandatsniederlegung Dr. Dehnes.

In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß der demokratische Landtagsabgeordnete Dr. Dehne demnächst sein Landtagsmandat niederzulegen beabsichtigt.

*

Mit dieser Mandatsniederlegung würde Dr. Dehne eine Schlußfolgerung ziehen, zu der er längst hätte kommen müssen; denn darüber besteht kein Zweifel: Dr. Dehne ist politisch längst ein toter Mann.

Bekanntlich ist Dr. Dehne im Herbst 1924 aus dem Staatsdienst ausgeschieden, um als Direktor der Sächsischen Bank eine außerordentlich gut bezahlte Stelle zu übernehmen. Beim Gesamtministerium stellte er damals den Antrag auf Versetzung in den einstweiligen Ruhestand. Er sicherte sich dadurch eine Staatspension von monatlich etwa 1000 Mark. Das Gesamtministerium entsprach seinem Ersuchen gegen die Stimmen der beiden volksparteilichen Minister, die darauf hinwiesen, daß im vorliegenden Falle eine Anwendung des Abbaugesetzes nicht in Frage käme, da nicht beabsichtigt sei, die von Dr. Dehne besetzte Ministerialdirektorenstelle einzusparen und einem Beamten, dem auf sein Ansuchen das Ausscheiden aus dem Staatsdienst im eigenen Interesse bewilligt werde, ein Anspruch auf Pension nicht zustehe. Diese völlig einwandfreien Einwendungen fanden kein Gehör bei dem demokratischen Parteifreund Dr. Dehnes, dem Finanzminister Dr. Reinhold und den vier übrigen Kabinettsmitgliedern. — Die Leipziger Neuesten Nachrichten stellten seinerzeit diesen Vorgang zur Diskussion und wiesen darauf hin, daß eine derartige Verschleuderung von Staatsgeldern nicht zu verantworten sei, besonders in Berücksichtigung der zahllosen Härten, die für viele andere Beamte die Personalabbauverordnung mit sich gebracht habe. Diese Angelegenheit werde auch den Landtag beschäftigen.

Nach dieser Anprangerung ließ Dr. Dehne erklären, er habe auf die Auszahlung der ihm zustehenden Pensionsbeiträge verzichtet, doch unterließ er geflissentlich, auf den Vorwurf einzugehen, daß er versucht habe, in den Besitz von staatlichen Mitteln zu gelangen, auf die er normaler Weise keinen Anspruch hatte.

Die Leipziger Volkszeitung berichtete dann am 1. Oktober 1924, daß in einer Referentenbesprechung des Ministeriums des Innern der sächsische Staatskanzler, Ministerialdirektor Dr. Schulze, sich in bezug auf diesen Abbau Dr. Dehnes dahin geäußert habe, dieser sei „eine schöne Schiebung". Der sonst so überaus empfindliche und ehrgeizige Dr. Dehne, der sich in seiner Hetzpolitik gegen alles, was sozialistisch ist und gegen die Regierung Zeigner nicht genug ankämpfen konnte, ließ auch diesen öffentlichen Vorwurf, sich der Schiebung schuldig gemacht zu haben, ruhig auf sich sitzen. Es ist nicht bekannt geworden, daß Dr. Dehne von dem Ministerialdirektor Schulze eine angemessene Genugtuung gefordert oder erhalten hätte. Auch haben die Minister, die dem Abbauersuchen Dr. Dehnes entsprochen haben, nicht den Mut gefunden, Dr. Schulze zur Rechenschaft zu ziehen. Die Demokratische Partei hat die Konsequenz aus diesem Verhalten Dr. Dehnes insofern gezogen, als sie ihn nicht wieder in ihren Landesvorstand wählen ließ.

Die Sozialdemokratische Partei wird dem Verschwinden des Abg. Dehne von der politischen Tribüne keine Träne nachweinen. Dr. Dehne hat erst nach Ausbruch der Revolution sein demokratisches Herz entdeckt. Er hat sich nicht gescheut, vor kurzem im Landtage zu erklären, er gäbe den vom König ernannten Richtern der Disziplinarkammern den Vorzug vor denen, die unter Zeigner „zu einem ganz bestimmten Zweck" berufen worden seien, wobei er in demagogischer Weise verschwieg, daß unter Dr. Zeigner die Berufung der Mitglieder der Disziplinarkammern nach den Vorschlägen der Beamtenorganisationen erfolgt ist.

Weiter war es Dr. Dehne, der vor kurzem im Kampfe für eine schwarz-weiß-rote Reaktion mit seinen Fraktionskollegen Dr. Reinhold, Dr. Weigel, Wehrmann, Jähnig und Prof. Kastner die Reichstagsfraktion der Demokratischen Partei aufforderte, der Bildung einer Bürgerblockregierung unter Einschluß der Deutschnationalen zuzustimmen und sich an ihr zu beteiligen. Damit ist Dr. Dehne zum Ausgangspunkt seiner politischen Laufbahn in das Lager der Reaktion zurückgekehrt. Man kann die Demokratische Partei zu der Mandatsniederlegung dieses Demokraten nur beglückwünschen; denn derartige Schritte sind geeignet, die Reinigung der Parteien und Volksvertretung von Konjunkturgewinnlern zu fördern. Es darf erwartet werden, daß mit dem Falle Dr. Dehnes sich auch der Untersuchungsausschuß beschäftigen wird, dessen Einsetzung die parlamentarische Vertretung der Sozialdemokratischen Partei jüngst beantragt hat.

Der Amnestiegesetzentwurf der sächsischen Sozialdemokratischen Partei.

Die sozialdemokratische Fraktionsminderheit hat im sächsischen Landtage folgenden Antrag eingebracht:

Der Landtag wolle folgendes Gesetz beschließen:

§ 1

Straten wegen
a) Vergehen gegen das Gesetz über die Presse,
b) Landesverrats, verübt durch die Presse,
c) Vergehen gegen die öffentliche Ordnung,
d) solcher Taten, die mit dem Einrücken der Reichswehr in Sachsen oder zur Abwehr monarchistischer Bestrebungen oder im Zusammenhang mit Kundgebungen für die republikanische Staatsform begangen sind,
e) Verfehlungen, die in Not ihre Ursache haben,

werden erlassen, wenn sie von sächsischen Gerichten bis einschließlich 1. März 1925 rechtskräftig erkannt sind und die erkannte Strafe nur in Festung oder Gefängnis von höchstens 2 Jahren oder in Geldstrafe von höchstens 10000 RM. — falls sie noch in Papiermark erkannt, wenn ihr Betrag umgerechnet in Reichsmark diesen Betrag nicht übersteigt allein oder in Verbindung miteinander oder mit Nebenstrafen besteht.

Strafverfahren wegen solcher Straftaten werden niedergeschlagen, wenn sie bei sächsischen Behörden bis einschließlich 1. März 1925 anhängig geworden sind und die zu erwartende Strafe voraussichtlich das in Absatz 1 angegebene Strafmaß nicht überschreiten wird.

§ 2

Not setzt eine wirtschaftliche, vom Täter nicht vorsätzlich herbeigeführte Bedrängnis voraus, die ihn persönlich oder solche Angehörige betrifft, die nach § 51 der Strafprozeßordnung zeugnisverweigerungsberechtigt sind.

§ 3

1. Strafen wegen Abtreibung werden erlassen, wenn sie von sächsischen Gerichten bis einschließlich 1. März 1925 rechtskräftig erkannt worden sind.
2. Der Erlaß trifft nicht Personen
   a) die die Schwangeren gröblich ausgebeutet oder auszubeuten versucht haben,
   b) die gegen den Willen der Schwangeren gehandelt haben,
   c) die durch grobe Außerachtlassung der gebotenen Vorsicht die Gesundheit der Schwangeren schwer gefährdet oder geschädigt haben.
3. Strafverfahren wegen Abtreibung werden niedergeschlagen, wenn sie bei sächsischen Behörden bis einschließlich 1. März 1925 anhängig gemacht worden sind und eine Ausnahme im Sinne des Abs. 2 nicht vorliegt.

§ 4

Wenn Behörden der Strafverfolgung oder Strafvollstreckung die Anwendung der vorhergehenden Bestimmungen dieses Gesetzes verneinen, entscheidet das Gesamtministerium.

Das Nähere wird durch Ausführungsverordnung bestimmt.

§ 5

Der Straferlaß oder die Niederschlagung bezieht sich auch auf rückständige Kosten, nicht dagegen auf eine erkannte Einziehung.

§ 6.

Ist aus mehreren Strafen, von denen ein Teil unter dieses Gesetz fällt, eine Gesamtstrafe gebildet worden, so werden die nach diesem Gesetz zu erlassenden Einzelstrafen in voller Höhe von der Gesamtstrafe in Abzug gebracht.

§ 7.

Vermerke über durch dieses Gesetz erlassene Strafen sind im Strafregister zu tilgen.

§ 8.

Das Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

* * *

KLEINER ANZEIGER

Stellenangebote

Tüchtig. Schnellpresser
für Phönixpresse
möglichst sofort in dauernde Stellung ges.
Hübel & Denck.

Tüchtige
Weißnäherinnen
für Heimarbeit per sofort gesucht.
Lombik & Co.
Brühl 5.

Drahtschlosser-Lehrling
welcher Ostern 1925 Schule verläßt, unter günstigen Bedingungen gesucht
C. Emil Pursche, Drahtw.-Fabrik,
Leipzig-Gohlis, Brandiser Straße 11. *

Für Ostern 1925 suchen wir noch einige
Lehrlinge
für unsere Pinselfabrik. Vorzustellen mit Zeugnissen vormittags 9–12 Uhr
„SEWRO"
Pinsel-Fabrikations-Gesellschaft m. b. H.
L.-Gohlis, Hallische Str. 148 (106er-Kaserne)

Stellmacher,
alt erfahrenen, su. f. Karosserien u. Wag.
Rieger. Leipzig-Reudnitz, Hauptstr. 14

Schweißerin
gesucht. **Dr. Gottfried Henning,**
Schweißapparate-Fabrik, L.-Anger,
Spichernstraße 2c.

Aufwarteir. od. Mädch.
f. 3 Std. tägl. ges. Zu melden v. 9-11 vorm.
Frau Hirschfeld,
Luppenstraße 7, pt r.

Verkäufe

Ein Paar fast neue hohe Damen-Boxcalf-Schuhe, Nr 38, billig zu verk. Lindenau, Albertinerst. 110, III r

Verschiedene gebr.
Herrengarderobe
billig zu verkaufen
Torkingstr. 12, p.*

Trikot-Unterbetten
(a. Füll.) w. angef. u. dir. an d. Verbr. gef., da Zwischenh. ausgeschl. zu b. 12 50
ein. bast. Pr. v.
Hauptwerk-T. Mö. Di. Co., Pegau, Str. 68, 1 r Endst. b. 19.*

Möbel
Polsterwaren 2c. bill.
Lendel, Josephstr. 33.*

Billig!! Billig!!
Schränke 48 Mk.
Bettstellen 28 Mk.
Chaiselong. 42 M.
Küchen, Schlafzim., billigst. Teilzahlung ohne Erhöhung!
Schröter.
L.-Pl. Schmiedeser. 7

Konfektions-Anzüge 29 — 23.50 **17.50**
Frühjahrs-Herrenanzüge 59.— 48.— 36.— 27.— **19.50**
Frühjahrsmäntel 42.— 34.— 28.— **21.50**
Gummimäntel 32.— 29.— 22.— **16.50**
Lodenmäntel . . . 37.— 31.50 **21.00**
Restverkauf von Wintermänteln bis 50 % ermäßigt.
Zahlungserleichterung!
Feldschuh, Petersteinweg 21. *

Küchen
Sonderangebot, komplett, 7teil. Büfett 180 cm breit, mit Linoleum,
lackiert 140 Mk., lasiert 150 Mk.
ebenso andere Möbel sehr preiswert!
Teilzahlung gestattet! *
Koschitzki, Leipzig-Möckern,
— Hallische Straße 279 und 293 —

Reformbetten
Kinderbetten
Auflegematratzen
Chaiselongues
Kleine Anzahlung
Sofortige Lieferung.
Liebigstr. 7, II. l.*

Thonberger Reformbettenhaus
Martengasse 3
Ecke Stötteritz Str

Gebr. Nähmasch.
Schuhe, Ritterstr. 4.*

Promenadenwg. 50 Mk. Klapp- u. Puppenw., als Kinderbett. Teils. sof. mitn. Elsterstr. 46.*

Promenadenwagen, Wiener- und Klappwagen, event. Teilzahl. sof. Mitnahme Nürnberger Str. 6, Hof.*

Guterhalt. bl. Promenadenw. zu k. Stött., Papiermühlst. 12, I. r.

Stuhlrohr
in bester Qualität wieder zu haben bei
Heinr. Voigt Nachf.
Arbeitsamt Gerberstraße 3. *

Die Leipziger Volkszeitung
für kleine Anzeigen
ein günstiges Insertions-Organ

Kaufgesuche

Gold, Silber, Brillant., Gebisse kft. Hans Dünkel,
Promenadenstr. 25.*

Diverses

Der plötzlich freigewordene Gasthof Hartmannsdorf-Knauthain sucht für 7. März 1925
Dramatische Abteilung für Theater-Abend und Ball.

Leipziger Leihinstitut.
Gesellschafts-Anzüge
Belau *
Albertstraße 20a
Ecke Zeitzer Straße 3.

Unterricht

In Violin- und Klavier-Unterricht w. erteilt
Löhrstr. 13, p. r.,
Gabd — Tel. 13863.

Damen-Frisieren
erteilt gründlich
Frl. Querstr. 33, I. *

Wohnungen

2 solide Herren suchen 1 einfaches Zimmer, Federbett., Bettwä. vorhand. Off. u. **L. 7** Fil. Odermannstr. 1.

Schlafstelle od. einfach möbl. Zi. z. 1. 3. v. ält. Herrn gesucht, mögl. Zentr. od. inn. Vorst. Off. m. Preisang. u. **E. T. 80** Fil. Kleinsch.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19250225/11 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG